

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen

FAQ Prozess Straßenumbenennungen kolonialer Straßennamen

Der Beirat Walle möge beschließen: Das Ortsamt wird beauftragt, folgendes FAQ auf die Website des Beirates zu stellen auf das bei Fragen zu Straßenumbenennungen verwiesen werden kann:

„FAQ Straßenumbenennungen in Walle (September 2024)“

Seit der Beiratssitzung im Mai 2024, bei der über Straßenumbenennungen von Straßen mit kolonialem Bezug diskutiert wurde, gibt es im Stadtteil Fragen, Gerüchte und teilweise Fehlinformationen über den Stand der Umbenennung. Dieses vom Beirat beschlossene FAQ soll helfen, Unklarheiten aufzuklären.

Wurde auf der Beiratssitzung die Umbenennung von Straßen beschlossen?

Nein.

Was ist denn dann bisher geschehen?

Auf der Beiratssitzung am 16.05.24 wurde das Thema Umbenennungen von Straßen mit kolonialem Bezug in Walle diskutiert. Grundlage war der Bürger*innenantrag, den die „Stadtteilinitiative Walle entkolonialisieren“ an den Beirat gestellt hat.

Die Stadtteilinitiative hat mit ihrem Antrag die Umbenennung von vier Waller Straßen beantragt. Dem Bürger*innenantrag der Stadtteilinitiative „Walle entkolonialisieren“ geht die Arbeit der Initiative in den letzten fünf Jahren voraus. Dabei wurden Veranstaltungen organisiert, das Anliegen auf Stadtteilsten vorgestellt, Ideen für den Umbenennungsprozess gesammelt und vorbereitet und nachgeforscht, welche Alternativen es für die Straßennamen geben könnte. Ergebnis der Arbeit ist auch ein Umbenennungskonzept, das als Anlage an den Bürger*innenantrag angehängt ist und hier gefunden werden kann (Sitzung 16.05.24, Anlage 2): <https://www.ortsamtwest.bremen.de/walle/protokolle-2023-2027-xiv-amtsperiode/beirat-35189>.

Auf der Beiratssitzung wurde aber nicht die Umbenennung der Straßen beschlossen. Der Beirat hat eine veränderte Fassung des Antrags angenommen, der ein Verfahren für den Umgang mit dem Umbenennungsvorschlag vorsieht.

Um welche Straßen geht es überhaupt?

Es geht um die Karl-Peters-Straße, die Nachtigalstraße, die Columbusstraße und die Leutweinstraße/Leutweinplatz. Außer der Columbusstraße sind alle Straßen nach deutschen Kolonialisten benannt, also Menschen, die einen wichtigen Beitrag für den deutschen Kolonialismus und das damit einhergehende Unrecht geleistet haben. Die Columbusstraße ist nach dem, als einer der Begründer des europäischen Kolonialismus geltenden Seefahrer, Christoph Columbus benannt.

Was hat der Beirat am 16.05. für das weitere Verfahren genau beschlossen?

Der Beschluss des Beirates über das weitere Verfahren kann hier gefunden werden (Sitzung 16.05.24, Anlage 3): <https://www.ortsamtwest.bremen.de/walle/protokolle-2023-2027-xiv-amtsperiode/beirat-35189>.

In dem Beschluss des Beirates werden erst Grundsätze festgestellt und danach das weitere Verfahren definiert.

- Der Beirat bekennt sich in dem Beschluss zu seiner Verantwortung für einen sensiblen Umgang mit der Kolonialgeschichte und dankt der Stadtteilinitiative „Walle entkolonialisieren“ für ihre Arbeit. Die Umbenennung von Straßen hält der Beirat grundsätzlich für ein sinnvolles, angemessenes und verhältnismäßiges Mittel
- Für den Fall einer Umbenennung erwartet der Beirat vom Senat, dass keine Gebühren von Anwohner*innen für die Änderung von Ausweisen, Fahrzeugpapieren, Grundbucheinträgen u.Ä. erhoben werden und Anwohner*innen möglichst unkompliziert unterstützt werden, z.B. durch ein Angebot im Stadtteil für notwendige Termine.
- Außerdem definiert der Beschluss ein Verfahren für die Befragung von Anwohner*innen. In der Befragung sollen Anwohner*innen informiert und über ihnen wichtige Aspekte für die Umbenennung, z.B. Unterstützungsbedarfe, befragt werden. Für die Koordination der Befragung bzw. der Bürger*innenbeteiligung wurde eine vierköpfige Arbeitsgruppe aus Beiratsmitgliedern gegründet.

Was hat die Arbeitsgruppe für das Bürgerbeteiligungsverfahren bisher gemacht?

Die Arbeitsgruppe hat sich nach den Sommerferien bisher einmal getroffen und zu klärende Fragen erörtert. Nach der Beiratssitzung wurde im Juli von der Senatskanzlei eine Art Leitfaden für Bürger*innenbeteiligung bei Straßenumbenennungen veröffentlicht. Dadurch gibt es noch mehr Vorgaben, die dem Beirat eine Orientierung für den Umbenennungsprozess geben. Beim Treffen der Arbeitsgruppe ist deutlich geworden, dass weitere Absprachen mit zuständigen Behörden notwendig sind, um offene Fragen zu klären. Dabei geht es auch darum, die Leitlinien der Senatskanzlei für Verfahren von Bürger*innenbeteiligung bei Straßenumbenennungen im Detail richtig zu verstehen und anzuwenden. Deshalb arbeitet die Arbeitsgruppe aktuell daran, offene Fragen in Absprache mit den zuständigen Behörden zu klären, um dann das richtige Beteiligungsverfahren vorzubereiten.

Wie funktioniert ein Bürger*innenbeteiligungsverfahren?

Die Senatskanzlei hat im Juli 2024 eine Art Leitfaden für Bürger*innenbeteiligung bei Straßenumbenennungen veröffentlicht („Angemessenes Verfahren für die Durchführung einer dialogorientierten Umbenennung von Straßen). In dem Leitfaden sind drei Verfahrensschritte vorgeschlagen:

1. Information und Einbeziehung aller von der Entscheidung Betroffenen
2. Diskussion im Rahmen einer dialogorientierten öffentlichen Veranstaltung
3. Mitwirkung durch eine personalisierte Befragung bzw. Abstimmung

Wie lange dauert es noch, bis es eine Entscheidung gibt?

Das Verfahren zur Bürger*innenbeteiligung steht aktuell noch am Anfang. Die Klärung aller relevanten Fragen und die Vorbereitung des Beteiligungsverfahrens können noch einige Monate in Anspruch nehmen. Auch das Beteiligungsverfahren selber wird voraussichtlich ein paar Monate laufen. Es dauert also noch ein bisschen.“

Begründung:

Seit dem Beiratsbeschluss über die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Koordination eines Beteiligungsverfahrens über die potentielle Umbenennung von vier Straßen, gibt es im Stadtteil darüber viele Gerüchte und teilweise sind falsche Informationen im Umlauf. Damit Bürger*innen mit Fragen zu dem Beteiligungs- und Umbenennungsprozess sich über diesen informieren können, ist ein FAQ auf der der Seite des Beirats geeignet.

Anna Fischer und Fraktion Die Linke

Sebastian Sch mugler und SPD-Fraktion

Maike-Sophie Mittelstädt und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stand: September 2024